

Neustadt-
Dresden,
Markt, Nr. 2,
in der Ver-
lags-Expedi-
tion zu haben.

Sächsisch-Dorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
124 Rgr. Zu
beziehen durch
alle Post-An-
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther. — Verlag von Heinrich und Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Der kirchliche Streit in Süddeutschland, welchen die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz begonnen haben, gestaltet sich immer ernstlicher, so daß ein Einschreiten der betreffenden Regierungen fast unausbleiblich sein dürfte. Wie man dem Frankfurter Journale schreibt, wird der Erzbischof von Freiburg wegen des Fortbestandes des katholischen Oberkirchenrathes in keiner Weise von seinem ausgesprochenen Vorhaben absteigen; dagegen wird er jedweden katholischen Geistlichen, der sich von dieser kirchlichen Amtsbehörde zu einem solchen Amte ernennen läßt und ein solches Amt anzutreten beabsichtigt, sofort suspendiren und seiner priesterlichen Befugnisse entheben. Katholiken, welche dem Erzbischofe hindernd in den Weg treten, werden excommunicirt, seien es Staats- oder Gemeindebeamten. Bis jetzt ist eine Aeußerung der großherzoglich badischen Regierung über dieses den Landesgesetzen Hohn sprechende Verfahren des genannten Prälaten noch nicht bekannt.

In Weimar ist am 8. Juli der allgemein verehrte Großherzog Karl Friedrich mit Tode abgegangen; ihm folgt in der Regierung der zeitherige Erbherzog Karl Alexander, geboren den 24. Juni 1818.

Die vielfachen Uebergriffe, welche sich die Dänen gegen die Freiheit des Elbhandels erlauben, sind der hannoverschen Regierung endlich doch zu stark geworden; wie man hört, hat sich dieselbe bei den übrigen deutschen Kabinetten dahin verwendet, daß gegen jenes Verfahren mittelst gemeinsamer Remonstrationen in Kopenhagen vorgegangen und nöthigenfalls mit thatsächlichen Maßregeln gedroht werde. Desterreich und Preußen sollen sich denn auch geneigt zeigen, einem derartigen Antrage, der den dänischen Anmaßungen wohl eine Grenze setzen würde, beizutreten.

Preußen. Nach Aachen wird in den nächsten Tagen eine große Heiligthumsfahrt stattfinden; die Reliquien des dasigen Doms sollen nämlich in diesem Jahre öffentlich ausgestellt werden, und man erwartet noch einen größeren Zudrang von Gläubigen als zum heiligen Rocke von Trier. Auch ein Zeichen der Zeit! — Nicht bloß der Bischof von Trier, sondern auch der Erzbischof von Köln soll die schon mehrfach erwähnte verschärfte Praxis bei den gemischten Ehen zur Geltung gebracht haben. Der in dieser Beziehung erlassene Armeebefehl des Königs von Preußen lautet, wie folgt:

Ein Erlass des Bischofs von Trier, welcher auf den Bestimmungen eines päpstlichen Breve beruhen soll, besteht bei Ehen gemischten Bekenntnisses dem evangelischen Bräutigam, in die Hände des Bischofs oder desjenigen seiner Pfarrer, den derselbe dazu beauftragt, einen Eid zu leisten, kraft dessen er gelobt, seine Kinder der römisch-katholischen Kirche zu weihen. Bei Verweigerung dieser Forderung ist die Ehe vom römisch-katholischen Standpunkte untersagt. Erfüllt er aber diese Forderung, so wird ihm zum Lohn das Erscheinen vor dem Pfarrer an ungeweihtem Orte und die Erklärung des Entschlusses, eine Ehe einzugehen zu wollen, gestattet, die Einsegnung dieser Ehe aber dennoch verweigert. Dies veranlaßt mich, hierdurch zu erklären, daß ich jeden Offizier meiner Armee, der den geforderten, den Mann wie das evangelische Bekenntnis entehrenden Schritt unternimmt, sogleich aus meinem Heeresdienste entlassen werde.

Charlottenburg, 1. Juni 1853. (Sg.) Friedrich Wilhelm.

Für den Kriegsminister: v. Wangenheim.

Fünftehnter Jahrgang. III. Quartal.

Desterreich. Der Inhalt des russischen Manifestes, welcher die politischen Differenzen mit der Pforte auf das religiöse Gebiet versetzt und gleichsam einen Kreuzzug für die anatolische Kirche in Aussicht stellt, hat die Stellung Desterreichs, welches als katholische Macht die Ausdehnung des russischen Primats über die Bekenner des anatolischen Schisma nicht füglich befürworten kann, noch weit schwieriger gemacht. Die Vermittelungsversuche des österreichischen Kabinetts sind dadurch wesentlich erschwert worden, und man scheint daher selbst in Wien auf eine bedrohliche Wendung der Dinge gefaßt zu sein. Es ist neuerdings Befehl erteilt worden, ein Observationscorps von 25,000 bis 30,000 Mann an der Grenze Slavoniens aufzustellen. Der Sammelpunct dieser Truppen wird Peterwardein sein; es wird jedoch hinzugefügt, daß diese Aufstellung nur erfolgt, um möglichen Eventualitäten vorzubeugen und daß dadurch das ernstliche Bestreben, den Frieden zu bewahren, in keinerlei Weise alterirt werde.

Frankreich. Die letztvergangene Woche hat scheinbar wenig Veränderung in die gegenwärtige Situation gebracht; obgleich der Einmarsch der Russen in die Donaufürstenthümer und das russische Manifest die glaubensstarken Friedensfreunde einigermaßen schwankend machten, so haben doch die wiederholt über den Kanal herübergekommenen Gerüchte, daß England den Krieg um jeden Preis zu vermeiden strebe, ihre Hoffnungen wieder aufgerichtet. Diese günstige Stimmung wird vorzugsweise durch die schweigsame Zurückhaltung gefördert, welche sowohl das englische als auch das französische Cabinet über die orientalische Frage beobachten. Aus diesem leicht erklärlichen Stillschweigen zieht alle Welt nur günstige Schlussfolgerungen; man wünscht den Frieden, und deshalb glaubt man gern an Alles, was die Erfüllung dieses Wunsches zu verbürgen scheint. Wie jetzt die Sachen liegen, ist indessen auf die Conjecturalpolitik der französischen Blätter kein allzugroßer Werth zu legen; die Ereignisse sind schon zu weit vorgeschritten, um sich einigermaßen berechnen zu lassen, und an die Stelle der Phrase sind bereits die entscheidenden Thatsachen getreten. Als etwas Thatsächliches und Unzweifelhaftes wird nun vor Allem die zeither vielfach angezweifelte Einigung zwischen England und Frankreich betrachtet. Das englische Ministerium hat im Parlamente vor aller Welt versichert, daß die Interessen Englands und Frankreichs in der orientalischen Frage unauslösllich verknüpft seien und daß beide Regierungen denselben Weg gehen, dasselbe Ziel verfolgen würden. Die Ungewißheit über das Einverständnis der beiden Großmächte, welche von dem Tage an datirte, wo Louis Napoleon die französische Flotte in die griechischen Gewässer sandte, ohne daß ihr das englische Geschwader dorthin folgte, wäre demnach wenigstens für den Augenblick gehoben. Was aber beide Kabinete eigentlich zu thun gedenken, darüber herrschen freilich vorläufig nur Rathamungen; doch werden die letzteren an der Themse wie an der Seine so übereinstimmend ausgesprochen, daß sie der thatsächlichen Begründung schwerlich ganz entbehren. Man nimmt nämlich an, daß England und Frankreich zwar die Besetzung der Donaufürstenthümer als eine Verletzung der Integrität und Unabhängigkeit des osmanischen Reichs und als einen